

Überregionaler Pressespiegel 12.01.2012

Freie Presse | 12.01.2012

Freistaat will mehr Ermittler gegen Rechtsextreme einsetzen

Änderungen bei der Polizeireform geplant - Mobile Einheiten sollen Präsenz zeigen

Dresden (dapd-lsc). Als Konsequenz aus der Neonazi-Mordserie will Sachsen die Polizeiarbeit verstärken. Grundlage ist ein vorläufiges Konzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, das Innenminister Markus Ulbig (CDU) am Mittwochabend in Dresden vorlegte. Zur Umsetzung der Pläne soll es Änderungen bei der Polizeireform geben - weniger Stellen sollen gestrichen werden als bisher vorgesehen.

Geplant ist eine verstärkte landesweite Präsenz der mobilen Einsatz- und Fahndungseinheiten der Polizeidirektionen. Sie sollen an den Treffpunkten Rechtsextremer eingesetzt werden und die Szene kontinuierlich im Blick behalten. Damit werde der Verfolgungsdruck erhöht, sagte Ulbig.

Die Kriminalpolizei soll zudem spontane und unangemeldete Neonazi-Aufmärsche, Fackelumzüge oder Skinheadkonzerte unterbinden, deren wachsende Anzahl einen neuen Trend darstelle, erklärte Ulbig, ohne konkret Städte oder Regionen zu nennen. Ziel der Aufmärsche sei es aber offenbar, die Bevölkerung massiv zu verunsichern.

Deshalb werde es doch noch Änderungen bei der geplanten Polizeireform geben. Nach Ulbigs Vorstellungen sollen die Einschnitte bei der Kriminal- und Bereitschaftspolizei geringer ausfallen als geplant, weil mehr Personal notwendig ist. Die Beamten würden im Kampf gegen Rechtsextremismus gebraucht, betonte der Minister. Bei der vom Freistaat geplanten Reform sollen von 2013 bis 2025 rund 2.600 der derzeit 13.900 Polizeistellen wegfallen.

Welche Änderungen genau es aber geben wird, ließ Ulbig offen. Ein Nullsummenspiel werde es aber nicht geben. Das werde er auch bei den anstehenden Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2013/2014 deutlich machen.

Als weitere Maßnahme kündigte der Minister eine gemeinsame Informations- und Analysestelle von Polizei- und sächsischem Verfassungsschutz an, ohne Details zu nennen. Außerdem sollen die Strukturen des Staatsschutzes bis Ende Februar überprüft werden, der Verfassungsschutz soll regelmäßig Lageberichte zur rechtsextremen Szene vorlegen. Weil das Verfahren zur Zwickauer Terrorzelle beim Generalbundesanwalt und die Aufklärung bei Bund und Ländern ein laufender Prozess sei, werde das Konzept fortgeschrieben.

Nach den bisherigen Erkenntnissen soll die Neonazi-Terrorgruppe bundesweit neun Morde an Kleinunternehmern türkischer und griechischer Herkunft in den Jahren 2000 bis 2006, den Mordanschlag auf zwei Polizisten in Heilbronn vom April 2007 und zwei Bombenanschläge in Köln 2001 und 2004 verübt haben. Aufgedeckt wurden die Taten erst, als Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt Anfang November nach einem Banküberfall im thüringischen Eisenach von der Polizei in einem Wohnmobil entdeckt wurden und sich erschossen. Seitdem ist die rechtsextreme Szene in Sachsen stärker ins Visier der Ermittler gerückt.

Verfassungsschutzpräsident Reinhard Boos sagte am Mittwochabend, dass spontane Zusammenkünfte von Rechtsextremen nur schwer abzusehen und aufzuklären seien. In den vergangenen zwei Monaten sei das weniger als fünf Mal gelungen.

Für die Neonazi-Aufmärsche im Februar rechnen Ulbig und Boos weiterhin mit tausenden Teilnehmern. Für den 13. Februar - einen Montag und dem Jahrestag der Bombardierung der Stadt 1945 - werden bis zu 2.000 Neonazis erwartet. Am darauf folgenden Wochenende wird allerdings mit weniger Rechtsextremen gerechnet als am 19. Februar 2011. Von einer bundesweiten Mobilisierung von Neonazis könne diesmal noch keine Rede sein, sagte Ulbig. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Freistaat-will-mehr-Ermittler-gegen-Rechtsextreme-einsetzen-artikel7874490.php>

Freie Presse | 12.01.2012

"Klar erkennbare Mobilisierung"

Verfassungsschutz befürchtet linksextreme Ausschreitungen in Dresden

Dresden (dapd-lsc). Der sächsische Verfassungsschutz rechnet mit zahlreichen gewaltbereiten Linksextremen bei den Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche im Februar. Für den 13. und 18. Februar gebe es eine "klar erkennbare Mobilisierung" bei Linksextremen, sagte Verfassungsschutzpräsident Reinhard Boos am Mittwochabend in Dresden. Nach den Erkenntnissen seiner Behörde würden deutschlandweit Mobilisierungstreffen abgehalten, um den Protest "generalstabsmäßig" vorzubereiten.

Bei den Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche am 19. Februar 2011 in Dresden war es am Rande zu gewalttätigen Ausschreitungen von Links- und Rechtsextremen gekommen. Mehr als 100 Polizisten wurden verletzt. Angereist waren damals 3.000 gewaltbereite Linksextreme. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Klar-erkennbare-Mobilisierung-artikel7874567.php>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 11.01.2012

Leipziger Volkszeitung | 11.01.2012 | 19:17 Uhr

Beschränkung des Versammlungsrechts in Sachsen rückt näher

Dresden. Die Verschärfung des Versammlungsrechts in Sachsen rückt näher. Der entsprechende Gesetzentwurf hat am Mittwoch mit den Stimmen der Regierungskoalition unverändert den Verfassungs- und Rechtsausschuss des Landtags passiert. Das Gesetz soll ermöglichen, künftig Demonstrationen an bestimmten Orten zu verbieten oder mit Auflagen zu versehen. Im Kern geht es dabei um die Dresdner Frauenkirche, das Leipziger Völkerschlachtdenkmal und Teile der Innenstadt von Dresden speziell am 13. und 14. Februar - am Jahrestag der Zerstörung der Elbestadt im Zweiten Weltkrieg.

CDU und FDP würdigten das Gesetz: „Insbesondere die Geschehnisse um den 13. Februar in Dresden in den vergangenen Jahren machen deutlich, wie wichtig eine klare Rechtslage in diesem Bereich ist“, erklärte der CDU-Abgeordnete Volker Bandmann. Hintergrund sind die Demonstrationen von Neonazis am Jahrestag der Zerstörung Dresdens, bei denen es im vergangenen Jahr gewaltsame Ausschreitungen von Rechten und Linken gegeben hatte.

Mit Blick auf die Frauenkirche erklärte Bandmann: „Wer diesen Ort für seine politischen Ziele oder gar für rassistische und menschenverachtende Propaganda missbraucht, muss vom Gesetzgeber unbedingt daran gehindert werden.“ Sein FDP-Kollege Carsten Biesok meinte: „Für uns ist es sehr wichtig, den Bürgern auch weiterhin die Möglichkeit zu bieten, ruhig und ohne Angst vor gewaltbereiten Versammlungen der Opfer der Bombenangriffe zu gedenken.“

Linke und Grüne kündigten dagegen eine neue Klage vor dem Verfassungsgericht an, weil sie das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit gefährdet sehen. Das Gericht in Leipzig hatte das Gesetz im April aus formalen Gründen für nichtig erklärt - weil den Abgeordneten zur Beratung nicht der volle Wortlaut vorgelegt worden war. Damit war eine Klage von 52 Abgeordneten der Linken, der SPD und der Grünen erfolgreich. Über die Einwände der Opposition wegen der Einschränkung des Rechtes der Versammlungsfreiheit hatten die Richter gar nicht mehr entschieden. Die Regierung legte den Gesetzentwurf danach unverändert noch einmal zur Beratung im Landtag vor.

An diesem Donnerstag wird der Gesetzentwurf im Innenausschuss des Landtags beraten. Dann will sich auch die SPD äußern, hieß es.

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/beschraenkung-des-versammlungsrechts-in-sachsen-rueckt-naeher/r-mitteldeutschland-a-120965.html>
